

SPD demokratischer pressediens

P. XXVI 96

21. Mai 1971

Wille zur Zusammenarbeit

Rumänienbesuch Heinemanns ein großer Erfolg

Von Staatssekretär Conrad Ahlers
Leiter des Presse- und Informationsamtes
der Bundesregierung

Seite 1 / 34 Zeilen

Ein Gebot der Vernunft

Zur gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen
Erklärung über die Abrüstung

Seite 1a / 42 Zeilen

Plädoyer für den Bürgerbeauftragten

Schutz vor der Gefahr einer total verwalteten
Gesellschaft

Von Heribert Reitz
Vorsitzender der hessischen SPD-Landtagsfraktion

Seite 2 und 3 / 78 Zeilen

Chronologie einer Schwindelmeldung

Falschspiel um die Fünf-Prozent-Klausel

Seite 4 und 5 / 83 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Ecken
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-39
Telex: 866 646/888 847/
688 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Wille zur Zusammenarbeit

Rumänienbesuch Heinemanns ein großer Erfolg

Von Staatssekretär Conrad Ahlers

Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung

Der Besuch des Bundespräsidenten in Rumänien war ein politisches Ereignis. Es war der erste Besuch unseres Staatsoberhauptes in einem sozialistischen Land. Schon diese Tatsache war von politischer Bedeutung. Sie kennzeichnet die großen Fortschritte, die dank der Politik der Bundesregierung in unseren Beziehungen zu Osteuropa gemacht worden sind.

Da der Präsident Rumäniens zugleich auch politisch der erste Mann im Staate ist, war es zwangsläufig, daß die Gespräche, die in Bukarest geführt wurden, politisch besonders akzentuiert waren. Bundespräsident und Außenminister haben mit ihren Gesprächspartnern eine große Zahl wichtiger internationaler Fragen besprochen. Es liegt in der Natur der Sache, daß darunter die Berlin-Frage und das Problem einer beiderseitigen, ausgewogenen Truppenreduzierung in Europa eine besondere Rolle spielten. Was den letzteren Punkt angeht, so waren sich beide Seiten einig, daß die Chance ergriffen werden sollte, nach eingehender Vorbereitung Verhandlungen über eine militärische Entspannung zu beginnen.

Da der Fortgang der politischen Ost-West-Entspannung in einem engen Zusammenhang mit einer befriedigenden Berlin-Regelung steht, haben Bundespräsident und Außenminister die Gelegenheit benutzt, um den Standpunkt der Bundesregierung mit Nachdruck und Deutlichkeit darzulegen: Berlin dürfe keine fortdauernde Ursache von Spannungen bleiben, und eine Entspannung, die sich nicht zugleich auch auf die Lage in und um Berlin auswirke, wäre nur ein künstliches Gebilde. Man kann davon ausgehen, daß die rumänische Seite aufgeschlossen auf die Argumente ihrer deutschen Gäste reagiert hat.

Natürlich sind auch bilaterale Probleme besprochen worden, darunter die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen. Die Bundesrepublik und Rumänien wollen den Handelsaustausch soweit als möglich erweitern. Aber über Politik und Wirtschaft hinaus war dieser Staatsbesuch ein Zeichen für den Willen zur Verständigung und zur Zusammenarbeit. Darin lagen seine Bedeutung und sein Erfolg.

(-/cx/21.5.1971/ks)

+ - +

Ein Gebot der Vernunft

Zur gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Erklärung über die Abrüstung

Die pessimistischen Stimmen, die eine Aussichtslosigkeit der Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über eine Begrenzung des atomaren Wettrüstens voraussetzten, müssen nun nach der gleichzeitig veröffentlichten Erklärung Nixons und der Sowjetregierung über ein gemeinsam anzustrebendes Abkommen auf dem Gebiet der strategischen Waffen verstummen. Dieses Abkommen soll sowohl, was bisher immer strittig war und worüber man sich in langen Verhandlungen nicht einigen konnte, offensive als auch defensive Waffen einbeziehen. Übereinstimmung über diesen vielschichtigen Komplex soll noch in diesem Jahr erzielt werden, um dann den Weg für die Behandlung des Kernbereichs, nämlich der Begrenzung aller strategischen Rüstungen, beschreiten zu können.

Die Wiener SALT-Gespräche, die in einer Sackgasse zu landen drohten, treten nun nach diesem Durchbruch in ein hoffnungsvolleres Stadium. Man kann der sonst so bedächtigen und zurückhaltenden Londoner "Times" nur rückhaltlos zustimmen, wenn sie schreibt, "die potentielle Bedeutung dieser amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung ist so ungeheuer, daß es schwerfällt, sie ganz zu fassen".

Beide Supermächte bleiben nun nach dieser Wendung weiterhin am Ball, beide Supermächte haben nicht die Absicht, kollektiven Selbstmord zu begehen und beide Supermächte wissen auch, daß allein die vorhandenen atomaren Waffensysteme genügen, um sie selbst und die ganze Menschheit mehrfach auszulöschen.

Mächtige Kräfte innerhalb der USA und der Sowjetunion drängen darauf, das Wettrüsten zu beenden, weil es sinnlos geworden ist und weil es die materiellen, geistigen und moralischen Kräfte selbst dieser beiden Weltmächte überfordert.

Es gibt in der Geschichte kein Beispiel, in der Weltmächte für den Bestand der ganzen Menschheit soviel Verantwortung trugen wie heute Washington und Moskau. Sie sind im Besitz der größten Vernichtungsmaschinerie aller Zeiten und nur sie allein haben es in der Hand, diese Maschinerie unter Kontrolle zu halten. Die Weltmächte können aus purem Eigeninteresse keine Entwicklung zulassen, die unkontrollierbar über sie hinweggeht. Über alle ideologischen Gegensätze hinweg besteht zwischen den beiden Supermächten ein elementares Bedürfnis, der Weltverantwortung, die ihnen als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges zufiel, Genüge zu tun. Der gemeinsam bekundete Wille Moskaus und Washingtons, den Teufelskreis des Wettrüstens zu durchbrechen, entspricht den Geboten der politischen Vernunft und der Existenzerhaltung.

(ae/ex/21.5.1971/bgy)

Plädoyer für den Bürgerbeauftragten

Schutz vor der Gefahr einer total verwalteten Gesellschaft

Von Heribert Reitz

Vorsitzender der hessischen SPD-Landtagsfraktion

Die öffentliche Verwaltung bereitet sich auf die Einführung der Personen-Kennziffer vor, mit der jeder einzelne Bürger mit seinen vielfältigen Merkmalen und Daten - von der Impf- bis zur Wehrpflicht - erfaßt und in Computerkarteien eingeordnet und registriert werden soll. Diese Entwicklung scheint unumgänglich, wenn man in den Amtsstuben auch in Zukunft der Massenvorgänge Herr werden will. Trotzdem bringt dies die Nachdenklichen unter uns zu dem nicht sehr erfreulichen Erkenntnis, daß wir mit der allumfassenden Datenspeicherung der Orwell'schen Vision vom "Großen Bruder", also einer von anonymen Stellen total verwalteten Gesellschaft, immer näherkommen.

Die damit drohenden Gefahren für die Freiheit und das Privatleben hat man in Hessen rechtzeitig erkannt. Als "Schutzmann" gegen den Mißbrauch elektronisch gespeicherter Daten ist der frühere Staatssekretär in der hessischen Staatskanzlei Willi Birkelbach als erster Datenschutzbeauftragter in und außerhalb der Bundesrepublik gewählt worden. Hessen ist damit seiner Tradition, ein Hort des Fortschritts und der demokratischen Freiheit zu sein, treu geblieben.

Die Berufung eines Datenschutzbeauftragten kann aber nur ein Anfang sein. Der heutige Mensch ist nicht nur im Datenbereich anonymen Entscheidungen und undurchsichtigen Verwaltungsvorgängen ausgeliefert. Auch für den Bereich der übrigen Verwaltung gilt es, ein Kontrollorgan zu schaffen, an das sich der Bürger vertrauensvoll wenden kann, wenn er sich zu Unrecht behandelt fühlt; dies ohne, daß er auf den Dienstweg verwiesen wird oder gleich ein gerichtliches Verfahren anstrengen muß.

Überspitzt ausgedrückt: die fortschreitende Übertragung immer neuer und umfangreicherer Kompetenzen an die öffentliche Verwaltung führt dazu, daß der Mensch Tag für Tag ein Stückchen mehr verwaltet wird. Der "Mann auf der Straße" spürt dies meist erst dann, wenn er in die Verwaltungsmaschinerie hineingerät. Daß man in

Hessen das Problem bereits erkannt hat und sich bemüht, dem Bürger entgegenzukommen, wird an verschiedenen "Beschwerdestellen" deutlich, die bereits geschaffen wurden: so der Petitionsausschuß des hessischen Landtages und das Bürgerreferat des Ministerpräsidenten - eine Einrichtung, die sich bisher bewährt hat. Dazu kommt jetzt als neue Beschwerdeinstanz der Datenschutzbeauftragte.

So begrüßenswert die Existenz dieser Beschwerdestellen ist, es erhebt sich doch die Frage, ob nicht der Hessenbürger schon allein durch das Vorhandensein mehrerer derartiger Institutionen verunsichert wird, weil er die Kompetenzzusammenhänge im einzelnen nicht überschaut. Der Gedanke liegt deshalb nahe, in Personalunion mit dem Datenschutzbeauftragten einen Bürgerbeauftragten zu schaffen, der als Beauftragter des Parlaments die Tätigkeit der Verwaltung überwacht und an den sich alle Einwohner mit ihren Anliegen wenden können. Mit dem "Bürgerbeauftragten" haben bereits skandinavische Länder außerordentlich gute Erfahrungen gemacht.

Ein Bürgerbeauftragter - sollte er in Hessen als dem ersten Bundesland berufen werden - müßte ein Einsichts- und Kontrollrecht für alle Verwaltungsvorgänge haben, alle Behörden müßten ihm gegenüber zu Rechts- und Amtshilfe verpflichtet sein. Nach dem skandinavischen Modell wird der Bürgerbeauftragte im Auftrag des Parlaments, aber auch aus eigener Initiative, tätig. Die vielfältigen, dem Bürgerbeauftragten zugestandenen Rechte müssen allerdings auch ihre Grenze finden: der "Ombudsman" soll und muß zwar auf Mißstände und Fehlentscheidungen hinweisen, die Konsequenzen daraus zu ziehen, bleibt jedoch dem Parlament und der Verwaltung überlassen. Um es mit einem Wort des verstorbenen Generalstaatsanwaltes Dr. Fritz Bauer zu sagen: "Der Ombudsman ist so etwas wie ein Hund, der bellt, aber nicht beißt."

Ein weiterer Aspekt ist in diesem Zusammenhang sicher von besonderem Gewicht: Allein dadurch, daß der Bürgerbeauftragte die Möglichkeit der Einsichtnahme von Akten und zur verantwortlichen Anhörung der bearbeitenden Bediensteten hat, werden von vornherein Behördenentscheidungen positiv beeinflußt. Den "Ombudsman" vor Augen, wird der Beamte manchen Vorgang lieber noch einmal genau überdenken, ehe er seine Entscheidungen trifft. Insofern wirkt der Bürgerbeauftragte präventiv.

Hessen hat einen "Ombudsman" für das Datenwesen erhalten. Der dafür von Landesregierung und Koalitionsfraktionen SPD und FDP bestimmte Willi Birkelbach ist sicher genau der Mann, der dem Amt eines Bürgerbeauftragten in Hessen Inhalt und Konturen geben wird. (-/rw/21.5.1971/bgy)

+ + +

Chronologie einer Schwindelmeldung

Falschspiel um die Fünf-Prozent-Klausel

Die Entstehung des Gerüchtes:

Generalsekretär Heck und Parteivorsitzender Kiesinger wollen (angeblich) einen Hinweis erhalten haben, daß die Koalitionsparteien SPD/FDP eine Herabsetzung der Sperrklausel erwägen, um der FDP künftig den Wiedereinzug ins Parlament zu erleichtern (Bonner Rundschau vom 17. Mai 1971).

Der CDU-Sprecher Weißkirch wirft den Regierungsparteien am 15. Mai vor, "über eine Herabsetzung der Sperrklausel 'konspiriert' zu haben" (UPI-Meldung vom 16.5.71).

Am 14. Mai 1971 meldet dpa: Barzel hat sich gegen die Herabsetzung der Fünf-Prozent-Klausel gewandt.

Das Dementi

In der gleichen dpa-Meldung wird ausgesagt, daß SPD und FDP Gerüchte über "Pläne für eine Drei-Prozent-Klausel zurückgewiesen haben. Herbert Wehner erklärte: Die Behauptungen sind völlig aus der Luft gegriffen..."

Die Weiterverbreitung der Falschmeldung

Barzel behauptet, wird berichtigt, nimmt das Dementi nur halb zur Kenntnis und behauptet weiter:

Barzel gab im NDR vom 15. Mai ein Interview. Anlaß dazu war seine eigene Behauptung, daß mit dem Fallen der Fünf-Prozent-Klausel die Regierung "zur wirtschaftlichen Instabilität die politische hinzufüge."

Auf die Einwendung des Rundfunksprechers, daß bereits ein Dementi durch Ahlers vorliege, erklärte Barzel, daß ihm dieses Dementi (angeblich) nicht bekannt sei. Zum Dementi sagte Barzel: "Wenn die Koalition diesen Plan einstellt, stellen wir sofort die Opposition gegen diesen Plan ein..."

Obwohl vom Sprecher darauf aufmerksam gemacht, daß ein Dementi vorliege, unterstellte Barzel der Regierung somit, einen solchen

Plan besessen zu haben.

Obwohl SPD und FDP, sowie der Regierungssprecher am 14. Mai die Falschmeldung dementiert haben, wird auf den Seiten 1 und 2 der Zeitung "Die Welt" vom 15./16. Mai 1971 ein längerer Bericht unter der Spitzmarke: "Bonner Koalition erwägt für Wahlen Drei-Prozent-Klausel" gebracht. U.a. heißt es, daß ein FDP-MdB einem CDU-Abgeordneten versichert habe: "Die SPD hat uns angeboten, statt der Fünf-Prozent-Klausel eine Drei-Prozent-Klausel einzuführen".

Weiter wird dort behauptet, daß sich in Gesprächen mit SPD-Abgeordneten herausgestellt habe, daß für die Wahl 1973 ein Huckepacksystem für die FDP durchgeführt werden solle.

In der gleichen Ausgabe der "Welt" bietet die Falschmeldung Gelegenheit zu umfangreichen Kommentierungen. In zwei längeren Artikeln zum Thema Fünf-Prozent-Klausel, wird gegen Koalition und Regierung zu Falde gezogen.

Das Dementi des Kanzlers vom 17. Mai 1971

Das Dementi von Bundeskanzler Brandt war bereits über die Agentur-Schreiber gelaufen, da verbreitete der Generalsekretär der CDU, Heck, die gleiche Falschmeldung und tat so als gebe es das Kanzler-Dementi nicht. Er verbreitete somit eine dementierte Falschmeldung nochmals in vollem Umfang.

Erst das Dementi des Kanzlers bewog die "Welt" vom 18. Mai 1971 zuzugeben, daß eine Falschmeldung vorgelegen habe. Das Kanzler-Dementi wird kommentarlos übernommen.

Verzerrung des Kanzler-Dementis durch Rasner

Am 18. Mai nahmen endlich auch CDU/CSU von dem Dementi offiziell Kenntnis, sie verwischten es jedoch im Aussagegehalt. Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU, Rasner, sagte:

"Seine Fraktion nehme es mit Befriedigung zur Kenntnis, daß Bundeskanzler Brandt erklärt habe, es gab und gebe keine Pläne der Koalition, die Fünf-Prozent-Hürde durch eine Drei-Prozent-Klausel zu ersetzen. Es wäre aber noch besser gewesen, wenn Brandt sich nicht nur für die Vergangenheit und Gegenwart, sondern auch für die Zukunft in diesem Punkt des geltenden Wahlrechts festgelegt hätte".

Das Gerücht soll am Kochen gehalten werden

In die gleiche Richtung zielt eine Anfrage des CDU-MdB Benda, der an die Bundesregierung, trotz des Dementis, zwei Fragen richtet: 1/ Sieht die Bundesregierung die Fünf-Prozent-Klausel als stabilisierendes Element an und 2/ wird sie sich allen Bestrebungen zu einer Änderung der Fünf-Prozent-Klausel widersetzen?

Wem hilft's?

Eine Reihe Zeitungskommentare sprechen mehr oder minder offen davon, daß die Gerüchteküche innerhalb der CDU/CSU zu suchen ist. Der "Kölner Stadt-Anzeiger" vom 19. Mai spricht es aus: "Heck habe die Existenz solcher Pläne nur behauptet, um den Boden für eine Wahlrechtsänderung im Sinne der CDU/CSU zugunsten der "Deutschen Union vorzubereiten..."

Dieses Beispiel zeigt, daß die Opposition und die ihr wohlgesonnene Presse lancierte Falschmeldungen nicht nur übernimmt, sondern diese, trotz Dementi, eingehend kommentiert. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf den Zustand der Unionsparteien.

(wr/wr/21.5.1971/ks)